

10.05.2012

## ZUSATZANTRAG

des Abgeordneten Schuster, Mag. Heuras, Bader, DI Eigner, Ing. Pum und Rinke

zum Antrag der Abgeordneten Adensamer u. a., betreffend Verschiebung der geplanten Zentralmatura, LT-1237/A-1/95-2012

### betreffend **Langform der AHS und Neue Mittelschule**

Erst vor kurzem wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Neue Mittelschule beschlossen. Basis für diese gesetzliche Verankerung waren zahlreiche und intensive Diskussionen aller Beteiligten und Betroffenen, in welchen alle Argumente intensiv abgewogen wurden.

Das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses war, dass die Langform der AHS und die Neue Mittelschule gleichberechtigt nebeneinander angeboten werden. Die Einigung auf Ebene der Bundesregierung lautete, dass die Neue Mittelschule kommt und dass die Langform des Gymnasiums bleibt.

Dennoch ließ die Bundesministerin Schmied am 08. Mai 2012 mit der Aussage aufhorchen, dass sie nicht mehr in den Ausbau der Langform der AHS investieren möchte, da für sie die Schule der Zukunft die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen und die Neue Mittelschule der Weg dahin ist.

Abgesehen davon, dass die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur damit zweifelsfrei zu erkennen gibt, dass es ihr einzig und allein um Ideologie und Parteipolitik und nicht um die Anliegen der Betroffenen geht, handelt es sich bei diesen Plänen um einen Anschlag auf ein gewachsenes und zukunftsfähiges System.

Das ist für die Zukunft der Bildung eindeutig der falsche Weg. Es kommt vor allem darauf an, dass Schülerinnen und Schüler jene Schulform wählen sollen, die ihren Leistungen und Talenten am besten entspricht.

Mit dieser Vorgangsweise beweist Unterrichtsministerin Schmied einmal mehr, dass sie nicht paktfähig ist und zeigt, dass ihr die berechtigten Interessen der Schüler und Eltern nebensächlich sind.

Dieses Agieren von Bundesministerin Schmied trägt dazu bei, dass auch die Pädagoginnen und Pädagogen massiv verunsichert werden.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung und insbesondere an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur heranzutreten, damit AHS und Neue Mittelschule weiterhin gleichberechtigt nebeneinander angeboten werden und es daher nicht zu einer Kürzung der Budgetmittel der Langform der AHS kommt, sondern diese gerecht zwischen der Langform AHS und Neuer Mittelschule aufgeteilt werden und damit im Sinne der Antragsbegründung weiterhin das beste Schulangebot für unsere Kinder zur Auswahl bereit steht.“